

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Fettzeile 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7069 im Post-Zeitungsregister.

Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Berlin, Zahlstelle II. Der 1. Vorsitzende, Kollege Emil Jädick, ist wieder gesund und sind alle Anträge usw. an seine Adresse, Schöneberg, Siegfriedstraße 3, Luergebäude IV, zu senden.

Zahlstelle Breslau. Kassierer ist Paul Scholz, Binzenstr. 57, II.

Zahlstelle Oldenburg. Der Kassierer K. Spalthoff wohnt Melkenstr. 19.

Die **Redaktionskommission**, welche aus den Kollegen Emil Jädick, Otto Bleich und der Kollegin Gertrud Lohdahl besteht, hat sich konstituiert und ist Kollegin Lohdahl als Vorsitzende gewählt worden.

Alle die „Solidarität“ betreffenden Beschwerden sind an Frau G. Lohdahl, Berlin S.O., Reichenbergerstraße 72, Luergebäude 4 Treppen, zu senden.

Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind an Frau Paula Thiede, Berlin N.O., Elbingerstraße 24, vorn 4 Treppen, zu senden.

Der **Verbandsvorstand**.

„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.“

Gegen die deutsche Arbeiterbewegung wird in der jüngsten Zeit wieder besonders Sturmgeschritt gelaufen. Und zwar sind es diesmal die Unternehmer, die gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mobil machen. Einer ihrer Trabanten, der Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, Freiherr v. Reisswitz, fühlte sich berufen, die Angriffe der „Times“ auf die englischen Trade-Unions in die deutsche Sprache zu überlegen, um auf Grund daraus gezogener unlogischer Schlüsse und Analogien die deutschen Unternehmer eindringlich zu warnen, im Interesse der deutschen Industrie sich dagegen zu wahren, daß die deutschen Gewerkschaften nicht den Einfluß gewinnen, wie die englischen. Wird doch in dem Werke behauptet, daß die Zurückdrängung der englischen Industrie auf dem industriellen Weltmarkt nur der Vertheuerung der englischen Fabrikate zuzuschreiben sei, deren Preise durch die hohen Arbeitslöhne, wie sie die Trade-Unions diktiert, bestimmt werden. Im Correspondenzblatt der Generalkommission und in einem Artikel der „Neuen Zeit“ sind diese Angriffe gegen die Gewerkschaften auf ihren wahren Gehalt zurückgeführt und der Zweck des Verfassers ins richtige Licht gerückt worden. Das Werk verdient aber weiten Kreisen der Arbeiter zugänglich und bekannt gemacht zu werden, da es typisch ist für die Stimmung, die auch in deutschen Scharfmacherkreisen herrscht, um die aufwärtsstrebenden Gewerkschaftsorganisationen niederzuknallen.

Diese Angriffe gegen die deutschen Gewerkschaften in Permanenz auszuüben und den Versuch fortgesetzt zu machen, die Gewerkschaftsbewegung niederzuknallen, soll die Aufgabe eines neuen Preßorgans sein, dessen erste Nummer am 5. Oktober in die Welt ging, das obigen Titel trägt und sich als Publikationsorgan der deutschen Arbeitgeberverbände ausgiebt. Schon in der Ankündigung war die Tendenz dieser neuen Preßgründung ersichtbar, es hieß da:

„Hinter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ stehen die hervorragendsten Arbeitgeberverbände. Sie wird die Waffe des organisierten Arbeitgeberthums in gleicher Weise werden, wie es die sozial-

demokratische Presse für die organisierten Arbeitnehmer ist.

„Allen Arbeitgebern, den größeren wie den kleineren, den Industriellen wie den Handwerkern und Kaufleuten ist das Bestreben nach einer Abwehr der Gefahr gemeinam, welche durch den sozialpolitischen Ueberreifer wohlmeinender, aber einseitiger und kurzfristiger Reformatoren im Verein mit der unablässigen Wühlarbeit der sozialdemokratischen Agitation den Fortbestand der Industrie und des Gewerbes zum unberechenbaren Schaden nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer selbst bedroht.“

Die erste erschienene Nummer hält, was die Ankündigung versprochen, sie hält sogar mehr, als was nach der Ankündigung zu erwarten war. Vom Kampfe gegen den sozialpolitischen Ueberreifer merkt man in ihr weniger, desto mehr vom Kampfe gegen die „unablässige Wühlarbeit der sozialdemokratischen Agitatoren“. Daß diese Tendenz überhaupt vorherrschend sein soll, dafür spricht nicht allein die sicher begründete Annahme, daß die Redaktion, die unter der Regide des Herrn Klebinder geführt werden soll, jenes Herrn, der sich durch die verführte Unterdrückung der gewerkschaftlich organisierten Berliner Holzarbeiter einen Ruf und Namen erworben hat, das als ihre erste Aufgabe betrachten wird, sondern auch ferner der Umstand, daß es dem vorher benannten Freiherrn v. Reisswitz vorbehalten blieb, an leitender Stelle die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mit einem Artikel: „Zum Geleite“ bei den Lesern einzuführen. Dieser Artikel enthält kurz gefaßt das Programm, und die Verlon des Verfassers bürgt allein dafür, daß dieses sich ausschließlich gegen die Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter richtet. Das rothe Gespenst geht darin um. Heißt es doch an einer Stelle:

„... So ist denn vorauszusetzen, daß die von unieren Sozialromantikern so eifrig befürwortete gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und die Erweiterung ihrer korporativen Rechte der sozialdemokratischen Führerschaft immer neue Streitkräfte zuzuziehen, bis diese schließlich die Machtvollkommenheit, die sie mit Hilfe der revolutionären Taktik nicht erringen konnte, auf solche Weise mühelos sich zu eigen machen wird.“

Die Fürsorge des edlen Freiherrn um das fernere Wohlergehen der deutschen Industrie, die bei ihm schon immer den Grundtext bildet, kommt auch hier zum breiten Ausdruck. Selbst Deutschlands „Größter“ Staatsmann muß der Gruft entsteigen, um als Zeuge dafür aufzutreten, daß die deutsche Industrie durch die maßlosen Forderungen der Arbeiter gefährdet wird. Von ihm sagt Herr Reisswitz:

„Hat doch bereits der Altreichskanzler Fürst Bismarck seinerzeit erklärt, man habe allen Grund, im eigenen Interesse der Arbeiterschaft Industrie und Gewerbe vor einer Belastung über deren Kräfte hinaus zu schützen; seien die Arbeiter in dieser Beziehung unbeehebbar, so könne es sich leicht ereignen, daß sie den Alt abfügen, auf dem sie sitzen.“

Wahrlich, es gehört eine dreiste Stirn dazu, sich als Kämpfe wider die maßlosen Forderungen der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter berufen zu fühlen und zum Sammeln zu blasen, zu einer Zeit, wo es notorisch festgestellt ist, daß vermöge der mehr wie erbärmlichen Löhne die große Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands durch Unter-

ernährung im freudlosen Dasein dahinsiecht. Kein Mensch, der den heutigen Stand der deutschen Industrie objektiv betrachtet, wird dem neuen Scharfmacherkonjunktium glauben, daß die heilige Vaterlandsliebe für die einheimische Industrie sie dazu treibe, den Speer zu erheben zum Schutze der deutschen Industrie gegen die Untergrabung derselben durch die Gewerkschaften. Nein, die brutale Macht-haberwillkür treibt sie einzig und allein dazu, den deutschen Gewerkschaften den Fuß in den Nacken setzen zu wollen.

Ihre wahren Absichten enthüllen die Herren denn auch an einigen anderen Stellen; selbst um die Hilfe des Vater Staates wird in beweglichen Klage-liebern gebettelt:

„Es sind ja fast niemals Lohnfragen, um die in den Streiks gekämpft wird; meistens handelt es sich um Steigerung des Einflusses der Arbeiterführer auf die Betriebsleitung. Politische Machtkämpfe sind es, deren Vorpostengefächte hier entschieden werden. Die Unterfristung des Unternehmers bedeutet hier die Zurückdrängung der politischen Umsturzparteien vom Einfluß auf die großen Massen. Der Staat, der in seinen Betrieben keine Arbeiterorganisationen duldet und von ihnen die sozialdemokratische Agitation um jeden Preis fernhält, hat auch die Pflicht, den Unternehmer im gleichen Kampfe zu unterstützen.“

Die erstere Behauptung ist ja zunächst eine Behauptung wider besseres Wissen, denn mit ganz vereinzelten Ausnahmen hat noch jeder Streik seinen Anlaß in Lohnforderungen respektive in der Abwehr gegen Lohnreduktionen gefunden, dagegen sind die Fälle zahlreich, wo um einige Pfennige Lohnhöhung die hartnäckigsten Kämpfe geführt werden mußten, die zu bewilligen nachweisbar dem Unternehmer und seinem Betriebe keinen Schaden zugefügt hätten. Wenn also von politischen Machtkämpfen gesprochen werden kann, so sind die Lohnkämpfe einzig und allein von den Unternehmern dazu gestempelt und in dieser Auffassung geführt worden; der Arbeiter hat kein Verlangen danach, er kämpft politische Machtkämpfe bei anderen Gelegenheiten aus, als wie bei rein wirtschaftlichen Kämpfen, bei Lohnfragen.

Mit den großen Industrien und den großen gewerkschaftlichen Verbänden wird sich das neue Preßorgan wohl vornehmlich beschäftigen, weil hierzu die Anlässe häufiger vorliegen, als wie bei kleineren Verbänden. So ist auch unter Anderem in dieser ersten Nummer der Preßstreik bei Borsig behandelt, und zwar auf Wunsch des Betriebsinhabers selbst von einem seiner Direktoren. Der Mann hat sich seiner Aufgabe gewiß zur Zufriedenheit seines Chefs erledigt, denn während der Herr Kommerzienrath in diesem Artikel mit seiner Arbeiterfürsorge und seiner Herzensgüte in reiner bengalischer Beleuchtung erstrahlt, wird die Unverschämtheit der Arbeiter in den krafftesten Farben geschildert; selbstverständlich durften auch einige Fälle von Terrorismus der Streikenden gegen Arbeitswillige in dem Machwerk nicht fehlen.

So bietet das Erscheinen dieses neuen Centralorgans der Industriellen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Aussicht, daß der Kampf gegen ihre Bestrebungen mit verstärkten Mitteln geführt wird, nach der einen Richtung hin, um bei Lohn-differenzen die Sache der Arbeiter zu diskreditieren, die gestellten Forderungen zu bekämpfen, angestrebte Einigungen zu hintertreiben und den prophephetischen Kapitalistenstandpunkt zu vertreten, nach der anderen

Nichtung, um bei der Regierung scharf zu machen, die jetzt bestehenden geringen Arbeiterzuschläge nicht zur weiteren Verbesserung, Ausdehnung und Ausweitung kommen zu lassen, oder gar eine Rückwärtsbewegung derselben anzustreben, da „die deutsche Industrie schon damit schwer belastet sei“. Was von dem neuen Unternehmen zu erwarten ist, erhellt ja schon allein die Tatsache, daß „eine Reihe von Männern hinter ihm steht, die im gewerblichen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes eine führende Stellung einnehmen“.

Wie ersichtlich, üben ja die Rühmänner und Führer im Verband der Holzindustriellen ihren Einfluß bereits aus. Leute, die in ihrer brutalen Bekämpfung der Arbeiterorganisationen sich bereits einen Weltrauf erworben haben.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ wird das eine Gute für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben, daß die wahren Absichten der industriellen Scharfmacher in ihrer ganzen Nacktheit enthüllt werden können. Lernen wir abermals daran, wie notwendig eine Koalition wirtschaftlich Ausgebeuteter ist. Darum vorwärts in die Agitation, führt ohne Unterschied des religiösen und politischen Glaubensbekenntnisses die Kollegen und Kolleginnen der Organisation zu, denn nur im festen Zusammenhalt untereinander wird es gelingen, offene und versteckte Angriffe der Unternehmer kraftvoll zurückzuweisen.

Professor Abbs über die nationale Bedeutung des achtstündigen Arbeitstages.

Die moderne Industriearbeit hat im Gegensatz zur Arbeit in der Landwirtschaft und zum alten Handwerksbetrieb eine garricht zu vermeidende Arbeitseinheit mit sich gebracht, die für die Arbeiterschaft auf die Dauer mit den schwersten Gefahren verbunden ist, falls diesen nicht durch die Kürzung der Arbeitszeit entgegengetreten wird. Der Teilnehmer braucht Tag für Tag und Jahr für Jahr dieselben Muskeln, dieselben Gehirntheile und dieselben Nerven. Die größere Ermüdung dieser Organe muß durch entsprechende Ruhezeit ausgeglichen werden. Ermüdung ist nach den Ergebnissen der physiologischen Forschung eine Vergiftungserscheinung, indem jeder Kraftaufwand durch Zerlegung gewisser Stoffe in den Zellen bedingt ist, die ergänzt werden müssen. Während der Anstrengung wird außerdem auch die Fortführung schädlicher Stoffe gekemmt. Die völlige Gleichmäßigkeit der Arbeit in der Industrie schließt die Möglichkeit aus, die Folgen einer Übermüdung auszugleichen, die eintritt, wenn das Verhältnis zwischen Arbeits- und Ruhezeit kein günstiges ist, der Arbeiter also noch einen, wenn auch noch so kleinen Teil der erwähnten Vergiftungserscheinungen im Körper hat, wenn er wieder ans neue Tagewerk geht. Er ist dann unerbittlich dem vorzeitigen körperlichen Ruin verfallen, weil er sich in dem Zustande eines Rentners befindet, der zu seinen Renten noch etwas vom Kapital verbrauchen muß.

Bei der Arbeitsverkürzung wird nun nach den bisherigen Erfahrungen sehr schnell durch Gewöhnung an ein rascheres Tempo dasselbe Arbeitsquantum geleistet (bei Zeit sogar noch ein Dreifaches mehr beim Übergang von 9 auf 8 Stunden). Dasselbe Arbeitsquantum erfordert aber dieselbe Zahl von Handgriffen, Muskel- und Nervenanstrengungen. Die Ersparnis an Kraft liegt darin, daß der Arbeiter um die Kürzung der Arbeitszeit weniger in seiner Stellung zu verharren braucht, so viel weniger die Geräusche der Fabrik hört, nicht die Anspannung nötig hat, in der er sich neben seiner Arbeit befindet, um den ihn umgebenden Gefahren des Betriebes zu begegnen. Er spart also an Vergrünung, wie der Medner nach Analogie der Maschinen Alles dies bezichnet. Eine Stunde Ersparnis an Vergrünung der Maschinen würde für sämtliche deutsche Fabriken nach Professor Abbs' Schätzung ungefähr eine Minderung des Kohlenverbrauchs von jährlich 30 bis 40 Millionen Mark bedeuten; das käme für unsere gesamte Volkswirtschaft nicht allzuleist in Betracht. Aber eine Stunde Vergrünung für 3 bis 4 Millionen deutscher Arbeiter, das wäre eine Ersparnis an Volkskraft, die garricht zu berechnen ist.

Sie läme aber auch den Arbeitgebern zu Gute. Die Thätigkeit des Teilarbeiters hat eine verbö-

dende Wirkung um so mehr, je länger die tägliche Arbeitsdauer ist. Und doch erfordert sie einen hohen Aufwand an Intelligenz, um die feststehende Arbeitsleistung mit dem geringsten Aufwand an Menschen- und Maschinenkraft zu liefern. Unser deutscher Arbeiterstand steht an geistiger und körperlicher Qualität hinter keinem der Welt zurück. Wir sind aber in der Gefahr, hier von den Engländern überholt zu werden, wenn wir noch um einige Generationen beim zehnten und mehrstündigen Arbeitstage bleiben. In England hat die Einführung der Zehnstundenbill der Erkenntnis von dem Werth der Arbeitszeitverkürzung die Bahn gebrochen. Von der tollsten Ausnutzung der Arbeiter in den dreißiger und vierziger Jahren ist man dort jetzt fast allgemein beim achtstündigen Arbeitstage angelangt, und entsprechend hat sich der Arbeiterstand aus seiner körperlichen und moralischen Verkommenheit herausgearbeitet. In England wird in Unternehmerkreisen nichts mehr gewünscht, als daß auf dem Kontinent noch recht lange die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung verkannt bleiben mögen.

Die englischen Erfahrungen haben den Kontinent vor den schlimmsten Folgen der Arbeiterausbeutung bewahrt. Leider sei es unwahrscheinlich, daß wir in nächster Zeit in Deutschland in dieser Hinsicht viel weiter kommen werden, weil die deutsche soziale Umgebung ausschließlich von dem Motive des Mitleids ausgeht. Hier müßten die Unternehmer in richtiger Erkenntnis der eigenen Vorteile und der volkswirtschaftlichen Bedeutung die Arbeitszeitverkürzung einführen. Das beste Verhältnis zwischen Arbeits- und Ruhezeit ist bei neunstündiger Arbeitszeit nach Abbs' Erfahrungen noch nicht erreicht, bei achtstündiger noch nicht überschritten, darum ist der achtstündige Arbeitstag zu erproben im Interesse unserer gesamten nationalen Volkswirtschaft.

Agitationsbericht.

Auf Eruchen der Ortsverwaltungen Leipzig, Dresden und Baugen fanden am 4., 5. und 6. Oktober Versammlungen statt. In Leipzig wurde am Freitag, den 3. Oktober, eine Sitzung abgehalten, um zu beraten, wie dort die Agitation besser und erfolgreicher entfaltet werden könne, um die abseitsstehenden Kollegen und Kolleginnen, deren Zahl in Leipzig besonders groß ist, für die Organisation zu gewinnen. Es ist gelungen, in einer am 8. Oktober stattgefundenen Besprechung mehrere Leipziger Frauen für die Vertriebsagitation zu gewinnen, und wird es dem Vorstand mit Hilfe der Genossinnen möglich sein, den Mitgliederkreis zu vergrößern. Die am 4. Oktober in Leipzig stattgefundene Versammlung war nur schwach besucht, trotzdem der Vorstand weder Mühe noch Kosten gescheut hatte, selbige rechtzeitig besetzt zu machen. Ohne Weiteres ist anzuerkennen, daß durch den Anschluß unserer Leipziger Zahlstelle an das dortige Kartell die Verhältnisse sich für uns keineswegs gebessert haben, der vom Leipziger Vorstand erhoffte Vortheil in der Agitation blieb aus und wünschen wir dringlichst auch im Interesse der dortigen Kollegen und Kolleginnen, daß die angebahnten Einigungsversuche des Buchdruckerverbandes und der Gewerkschaft recht bald zum Abschluß gelangen, denn nur nach Wiederherstellung des Friedens wird an eine friedliche, gemeinliche und erfolgreiche Agitation zu denken sein. Nur ein kleiner, aber tapferer Mitgliederkreis ist uns in Leipzig geblieben, der fest entschlossen ist, tren und fleißig weiter zu arbeiten. Einige Neuauflagen waren in der Versammlung zu verzeichnen.

Am Sonntag, den 5. Oktober, wurde in Dresden eine gut besuchte Mitgliederversammlung abgehalten, in der gleichfalls mehrere Aufnahmen zu verzeichnen waren. Unsere Dresdener Zahlstelle macht erfreulicher Weise gute Fortschritte und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Der jetzt zu gründende Arbeitsnachweis wird ein weiteres Bindeglied für unsere dortige Zahlstelle werden. Leider ist unter Vertrauensmann für Dresden, Kollege Krumpert, wegen seiner Thätigkeit für die Organisation gemakregelt worden, doch wird es bald gelingen, ihn wieder unterzubringen. Eine am 7. Oktober stattfindende Sitzung richtete mehrere Anträge an den Verbandsvorstand und besprach nochmals eingehend die Arbeitsnachweiseinrichtung und die weitere Agitation. Am Montag, den 6. Oktober, waren in Baugen die Kollegen und Kolleginnen zu einer Genselndereife zahlreich erschienen und haben wir die bisherige Ent-

wicklung der dortigen Zahlstelle den Baugener Zeindrudern zu verdanken. Ein eifriger und befähigter Kollege hat zugesagt, in einiger Zeit die dortigen Verbandsgeschäfte zu übernehmen, bis dahin wird die Zahlstelle von einem Zeindrunder weitergeführt werden.

Das Thema für die drei Versammlungen lautete: „Die Vertheuerung der Lebensmittel und ihre Wirkung auf den Arbeiterhaushalt“. Mit ungetheilter Aufmerksamkeit folgten die Kollegen, Kolleginnen und Gatte den Ausführungen. Die Diskussion zeigte, daß die Wirkung der Lebensmittelvertheuerung geradezu eine furchtbare ist. Das ohnehin knapp bemessene Wirtschaftsgeld reicht nicht mehr aus und durch die Noth gezwungen lernen auch unsere Kolleginnen ihr Augenmerk auf politische Vorgänge richten; wenn sie selbst auch noch rechtlos sind, so können sie doch dem Manne, dem Bruder oder Bräutigam auch in diesen Fragen eine Beraterin werden. Nur ganz kurz kann hier ein Bild von der Agitation an den drei Orten gegeben werden; wir haben auch diesmal wieder Kollegen und Kolleginnen für die Organisation gewonnen und sind wir nach Lage der Verhältnisse zu den besten Hoffnungen berechtigt.

P. I.

Korrespondenzen.

Hamburg, Mitgliederversammlung vom 11. Oktober 1902. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Lohse über „Die Frauenbewegung“. 2. Tarifliches. 3. Andere Vereinsangelegenheiten. Nach Eröffnung der Versammlung erhielt Kollege Lohse das Wort zu seinem Vortrage. Derselbe beginnt mit einer kurzen Schilderung des Standes des Weibes in der Vergangenheit und spricht die Hoffnung aus, daß die furchtbaren Fehler, die Jahrtausende am Weibe begangen worden seien, die Zukunft wieder gut machen würde. Er streift dann kurz den Beginn der Industrie und die damit verbundene Heranziehung des Weibes und Kindes zum Produktionsprozeß und geht dann zu den Verhältnissen über, in denen das Weib heute sich befindet. Die Ausbeutung des Mannes und Weibes in dem Produktionsprozeß zwingt in erster Linie den Mann, sich mit seinen Verfallskollegen in Verbindung zu setzen und zu vereinigen, um geschlossen gegen die Ausbeutung anzukämpfen zu können, bessere Verhältnisse in ihrem Beruf zu schaffen. Es stellte sich bald heraus, daß das Weib als Konfurrentin des Mannes im Produktionsprozeß auftrat. Da ertönte der Ruf: Frauen, organisiert Euch, tretet ein in unsere Organisationen und kämpft mit uns für bessere Lebensverhältnisse! Heute sehen wir denn auch eine große Zahl Frauen in den Reihen der Männer für bessere Verhältnisse kämpfen. Medner führt dann die Zahlen der Frauen und Mädchen, die in fast allen Berufen schon thätig sind, an, stellt dann dieser Zahl die Zahl der organisierten Frauen gegenüber und schließt mit dem Wunsch, daß auch in unserem Verufe beschäftigten Frauen und Mädchen sich der Organisation mehr als bisher anschließen möchten. Kollege Glarner dankte dem Medner im Namen der Versammlung für seinen lehrreichen Vortrag und wünscht die Anwesenden nochmals, für die Organisation kräftig einzutreten. Dierauf führt Glarner aus, daß der Vorstand sich in seiner letzten Sitzung mit unserem Tarife eingehend beschäftigt hat und bedauert, daß Kollege C. Arndner als Antragsteller am Erscheinen verhindert sei. Bei der Durchsicht des Tarifes ist der Vorstand zu der Ansicht gekommen, daß in erster Linie darauf Acht zu geben sei, daß der Tarif nicht durchbrochen würde, wie man es schon in einigen Offizinen versucht habe. Durch die schon seit einiger Zeit anhaltende Geschäftsklage seien einige Firmeninhaber bestrebt, die Löhne herabzusetzen, wie es erst kürzlich im Hamburger Fremdenblatt der Fall war. Leider muß hierbei bemerkt werden, daß diese Kollegen, für die bei der Lohnbewegung noch ein Mehr als das Verlangte herausgeklagen wurde, gleich nachdem der Organisation den Rücken kehrten. Jetzt aber wollen sie allem die Krone aufsetzen und nach Herabenden noch in anderen Geschäften Ueberstunden machen. (Besonders dürfen unsere Mitglieder laut unseres Ortsstatuts nach Herabenden in anderen Geschäften keine Ueberstundenarbeit annehmen.) Jäger bemerkt, daß ebenfalls in der Verlagsanstalt Richter in letzter Zeit versucht wurde, die Löhne zu drücken. Wenn jedoch unter der Hand sein Personal zu bekommen sei und man unseren Arbeitsnachweis benutzen müßte, dann erkennt man den Tarif an. Des Ferneren führt Jäger die Firma Franke & Scheibe an, daß sich die Zustände seit der Veröffentlichung des Eingelobts bedeutend gebessert hätten. Glarner wies noch unter Anderem auf die Zustände in den Offizinen hin, wo unser Tarif nicht anerkannt ist. Einen trassen Fall zeigen uns der

General-Anzeiger und die Neue Hamburger Zeitung, welche in der Ausbeutung junger Leute, die in der Stereotypie beschäftigt sind, einzig dastehen. Bei der anstrengenden und ungenügenden Beschäftigung in diesem Fach werden diese jungen Leute mit dem horrenden Wochenlohn von 14 Mk. entlohnt. Das natürlich unter Tausend von Revision bedarf, ist nicht abzutreiben, aber vor allen Dingen muß erst versucht werden, daß der jetzige Tarif überhaupt Geltung in allen Druckereien erlangt. Öffentlich werden diese Ausführungen ein Ansporn für die Kollegen und Kolleginnen sein, in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Organisation immer mehr ausgebaut wird, denn nur mit ihr und in ihr können wir für uns bessere Verhältnisse schaffen und dem Tarife Geltung verschaffen. Unter Verschiedenem stellt Kollege Schaller die Anfrage, ob es wahr sei, daß der Geschäftsführer der Firma Auer & Co. der Kommission, die wegen seiner Kündigung vorstellig geworden war, gegenüber geäußert habe, daß er, wenn auch die Geschäftslauf nicht eingetreten wäre, doch würde gekündigt worden sein. Da die Verammelten von dieser Sache nicht unterrichtet sind, giebt Glarner den Beisatz, daß Schaller wegen Geschäftslauf gekündigt, er jedoch noch nicht an der Reihe gewesen sei, sondern der Kollege Landgraf, welcher erst später ins Geschäft eintrat. Wegen dieser Sache habe eine Kommission von 3 Personen Rücksprache mit der Geschäftsleitung genommen. Eine derartige Aeußerung, wie Schaller hier vorbringt, wäre aber nicht gefallen. Jedoch hat die Geschäftsleitung unserem Wunsche, den wir zuerst durch ein Schreiben, das wir der Geschäftsleitung gesandt, Ausdruck gaben, nicht entsprochen. Wir wünschten, daß die Kündigung Schallers zurückgenommen und Landgraf zuerst gekündigt werde. In der Rücksprache erklärte uns der Geschäftsführer, es müsse der Geschäftsleitung überlassen bleiben, wen sie künden wolle. Wenn uns dieses nicht passe, könnten wir uns an die Brechkommission wenden. Wir wollten nun nach Beschluß der darauf stattgefundenen Druckereiverammlung den Wechwerbeweg betreten; weil jedoch nicht alle Kollegen in der Druckereiverammlung anwesend waren, so theilten wir den Beschluß noch einmal allen per Cirkular mit und ersuchten, wenn einverstanden, zu unterzeichnen. Leider haben von dieser Unterzeichnung sich die Nachtarbeiter ausgeschlossen, fühlten sich auch nicht genügt, uns irgend welche Antwort zuzukommen zu lassen. So wird die Solidarität im Parteigehalt hochgehalten. Auch kann man hieran sehen, mit welchen Widerwärtigkeiten wir selbst im Partei-Gehalt zu kämpfen haben. Lobhe bemerkt noch, daß die Behandlung der Kommission seitens der Geschäftsleitung keine angemessene war. Der Geschäftsführer las z. B. aus dem Schreiben, das von Lobhe abgefaßt war, Aeußerungen heraus, die Lobhe nicht gemacht, wenn man aus einem Schreiben, in dem ein Eruchen vorgebracht wird, Aeußerungen herauslese, dies doch etwas stark sei. Auch er habe sich zum Wort gemeldet, wurde aber vom Geschäftsführer dreimal unterbrochen, so daß er nicht mehr weiter reden konnte. Lobhe führt aus, daß man das Parteigehalt doch nicht als ein Geschäft ansehen dürfe, welches von einem modernen Kapitalisten geführt würde und auf einer solchen Basis beruhe. Jäger verliest noch das Cirkular, welches an die Kollegen zur Unterzeichnung ergangen sei und kritisiert das scharfe Verhalten der Nachtarbeiter. Auch Pinnau kennzeichnet das Verhalten der Kollegen und bebauert dies umso mehr, daß gerade diese Kollegen die Gründer der Hamburger Organisation waren. Zum Schluß bemerkt Kollege Glarner noch, daß auch für diese Kollegen noch mal die Zeit kommen wird, wo sie das Solidaritätsgeld ihrer Kollegen in Anspruch nehmen müssen. Hinweisend auf die stattfindenden Wempe-Vorträge, und den Auf ansprechend für den guten Besuch, schließt Glarner die Verammlung.

München. Am Samstag, den 11. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. Das Protokoll wurde verlesen und in seiner Fassung angenommen. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen gemeldet. Sodann erstattete Kollege Wismann den Bericht vom hiesigen Gewerkschaftsstatell, das sich in seiner letzten Sitzung hauptsächlich mit dem im Dezember d. Js. stattfindenden Gewerkeberichtswochen beschäftigt. In Anbetracht dessen, daß neuer zum ersten Male nach dem Proportional-Wahlssystem gewählt wird, ist es notwendig, daß die gesammten modern organisierten Arbeiter ihre ganze Kraft einbringen. Zu Kandidaten als Gewerkeberichtsbeisitzer können von den Gewerkschaften laut Beschluß des Gewerkschaftsstatells nur solche Leute vorgeschlagen werden, die 3 Jahre gewerkschaftlich und 3 Jahre politisch organisiert, sowie längere Zeit Leiter der Münchener Arbeiterpresse sind. Der Vorsitzende erläuterte nun in längerer Ausführungen die Bedeutung und den Werth der Arbeiterkategorie, die mangelhafte Danhabung derselben und wies die Mitglieder darauf hin, daß, wenn sie Beschwerden über Auserachtlassung der Paragrafen dieser Kategorie hätten, sie sich vertrauensvoll

an die Verwaltung unserer Zählstelle wenden möchten, die dann schon Sorge tragen wird, daß Abhilfe geschieht. Kollegin Vobulla ergriff hierauf das Wort, um in treffenden Ausführungen den Unterschied zwischen den Zuständen in Berlin und München, den sie schon seit ihrem kurzen Hiersein zu ihrem Nachtheil kennen gelernt hat, zu schildern. Diefelben können nur durch eine stramme Organisation beseitigt werden und ist es ihr Wunsch, daß die Münchener Kollegen und inspeziell die Kolleginnen den Berlinern nahesteuern würden. Großer Beifall lohnte die Rednerin für ihre Ausführungen. Unter Verschiedenem dankte der Vorsitzende den Mitgliedern, daß sie durch ihren starken Besuch der Verammlungen zeigen, daß sie wirkliches Interesse für den Verband hegen. Wir haben es jetzt auf 150 Mitglieder gebracht, aber damit wäre nichts geidehen, wenn nicht ein jedes Mitglied auch die Verammlungen besuchen würde, um dort Verlesungen entgegenzunehmen. Denn nicht nur Mitglieder, sondern auch ein guter Agitator soll jeder Kollege und jede Kollegin werden. Wir müssen schon auch unsere geistige Arbeitskraft zu vervollkommen suchen, wenn wir unserer physischen Arbeitskraft den Werth verschaffen wollen, der ihr eigentlich gebührt. „Arbeiten und agitieren Sie, dann werden auch in München bald menschenwürdige Zustände für das Hilfspersonal geschaffen werden. Vorwärts, das sei unsere Losung.“ Mit diesen Worten schloß der Vorsitzende seine Ausführungen, und nachdem Kollegin Vobulla noch ein Hoch auf den Verband ausbrachte, in das die Verammlung begeistert mit einstimmte, wurde die Verammlung geschlossen.

Bremen. Mitgliederversammlung vom 12. Oktober 1902. Das Protokoll der letzten Verammlung wurde verlesen und genehmigt. Sodann gaben der Kassierer und der Ballkassierer ihre Abrechnungen. Aus der letzteren geht hervor, daß Einnahme und Ausgabe annähernd gleich sind. Hierauf erstatteten die Revisoren ihren Bericht, Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung gefunden zu haben und wurde den Kassierern Danksagung erteilt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß unser Kartellbelegierter dem Gewerkschaftsstatell einen Antrag betreffs einer umfassenden Agitation unter den Bremer Arbeiterinnen unterbreitet hat. Diefem Antrage hat das Kartell stattgegeben und soll von diesem eine kleine Broschüre, inhaltlich nicht größer wie ein Flugblatt, für jede Gewerkschaft zweckentsprechend herausgegeben werden. Der Vorstand der Bremer Arbeiterinnen unterbreitet mit Delegierten der Buchdruckmaschinenmeister, Steinbrüder und Buchbinde einen Agitationsplan entworfen derart, daß in allen großartigen Betrieben durch Vertrauenspersonen die Adressen aller Hilfsarbeiterinnen gesammelt werden. Mit diesem Adressenverzeichnis soll dann eine Hausagitation vorgenommen werden; gleichzeitig wird eine Statistik aufgenommen in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit und Ueberlunzenzahlung, einige Tage vorher soll die Broschüre des Kartells zur Verlesung kommen. Nach der sonntäglichen Hausagitation, bei der auch Verammlungsanladungen verteilt werden, sollen in der folgenden Woche Druckereiverammlungen abgehalten werden. Unter Verschiedenem werden die Löhne der Notationsarbeiter in „Bremer Tageblatt“ einer scharfen Kritik unterzogen. Der Lohn beträgt dort 17—18 Mk., die Arbeitszeit soll 48 Stunden betragen, dehnt sich aber bis zu 54 Stunden aus, Bezahlung für diese Ueberstunden giebt es nicht. Außerdem muß das Hilfspersonal abwechselnd Zeitungspakete nach den umliegenden Ortschaften expedieren, natürlich nach Schluß der Arbeitszeit. Eine solche Fahrt dauert von 5—11 Uhr Nachts, eine andere von 4—8, häufig bis 10 Uhr Abends; blank 75 Pf. find dann der Lohn hierfür. Der Vorstand wird beauftragt, sich mit diesen eigenartigen Lohnverhältnissen in der nächsten Vorstandssitzung etwas näher zu befassen. Einer Kollegin wird unkollegiales Verhalten nachgesprochen; leider sind die sich benachteiligt fühlenden Kolleginnen bis jetzt selten oder gar nicht in die Verammlungen gekommen, auch in dieser Verammlung ist keine anwesend, aus diesem Grunde wird über diese Angelegenheit zur Tagesordnung übergegangen. Schluß der Verammlung um 7 Uhr. Eine größere Anzahl Mitglieder hatte es vorgezogen, den Werth der Verammlung durch Nichterkeimen illusorisch zu machen; das ist keine Solidarität.

Rundschau.

Ehrenreife Industrielle. Worin die Ehre eines Großindustriellen besteht, das hat ein Cirkular ausgesprochen, das der bekannte Glasflaschenkönig Heyse an seine Mittheilenden vom „Arbeitsnachweise der deutschen Flaschenfabrikanten“ am 17. September vorigen Jahres, also wenige Tage vor Beendigung des Generalstreiks der Flaschenmacher, verlesen hat. Das Cirkular besaß sich zunächst mit der Situation des damals bereits seinem Ende zuneigenden Streiks und knüpfte daran einige Verleumdungen

gegen die Führer der Glasarbeiter, die nur deshalb charakteristisch sind, weil sie erkennen lassen, mit welcher fleischlichen Naivität sich die Herren in einem Kampfe, in dem das Schicksal mehr als eines Betriebes engagiert war, die Zeit vertreiben. Dann aber heißt es:

„Ich glaube als sicher annehmen zu dürfen, daß, nachdem der erste Ansturm auf die Massen der Gewerkschaften verlogen ist, die eingehenden Summen bedeutend kleiner werden; geschieht dies, dann hört das Sturmhalten der Streikenden auf und die Herrschaft der von Uebermuth frohenden Glasmacher ist gebrochen. Wollen wir unser Ziel aber voll und ganz erreichen, dann müssen wir die gemeine und niederträchtige Privatität der Glasmacher auch ganz austreiben, indem wir sie so lange wie möglich zappeln und hungern lassen. Nützen wir den Streik nicht ganz zu Ende, dann haben wir doch eine neue Auflage bei besserer Konjunktur in der Industrie zu erwarten; die Durchführung des Streiks besteht aber darin, daß kein Glasmacher wieder angenommen wird, der im Haderverein zahlendes Mitglied ist.“

Daß Girsbig bei verschiedenen Revisionen um Vermittlung gebeten hat, ist bekannt genug, daß aber keine angenommen, ist ebenso selbstverständlich. Wir können sie nicht gebrauchen, denn jede Vermittlung läuft darauf hinaus, daß wir von unserem Rechte mehr oder minder hergeben, und vor allem ein Uebing, den paritätischen Arbeitsnachweis, schaffen sollen. — Es wird noch Gelegenheit genug werden, den Arbeitern sekundäre Opfer bringen zu müssen; leider ist jetzt wieder eine ganze Fluth von Humanitätsgelegenheiten in Sicht, da lassen sie uns wenigstens die Macht über die Arbeiter behalten; geben wir auch diese fort, dann behalten wir nur den Namen, aber nicht die Ehre eines Industriellen.

Mit diesem Rundschreiben erhalten Sie Abdruck eines Artikels aus der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, welchen ich Ihrer gefälligen Aufmerksamkeit empfehle.

Mit Hochachtung

Der Vorsitzende.

F. C. Th. Heyse, Geh. Kommerzienrath.

Die Ehre eines Industriellen besteht also nach diesem Cirkular darin, die Arbeiter zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht zu zwingen, um die Macht über sie zu behalten. — ihnen keinerlei Einfluß auf den Arbeitsnachweis zu gestatten, sie also nicht als gleichberechtigte Kontrahenten beim Arbeitsvertrag, sondern als Hörige, als eine unterdrückte Klasse von Lohnarbeitern, zu behandeln.

Die Ehre der Glasflaschenfabrikanten im Besonderen ist ein kostbares Ding, daß für sie Tausende von Glasarbeiterfamilien ruhig einige Monate zappeln und hungern dürfen. Die Brutalität dieser Gesinnung ist so urwüchsig und eingeleistet, daß sie selbst die Sprache dieser Proklamation völlig beherbergt. Die Herren Glasbarone nehmen es an roher Mächtigkeit mit allen feudalen Geistesheerführern auf und es fehlt ihnen nur die bewaffnete Macht, sonst hätten sie sicher struppellose einige Tausend aufrührerische Glasarbeiter zusammenschließen lassen. Vielleicht ist es ihr größter Schmerz, daß das Militär keine Gelegenheit zum Eingreifen erhebt.

Es ist nützlich, dieses Dokument deutscher Unternehmerrückständigkeit in Dienste der Aufklärung der Arbeiterklasse zu verwerthen. Solche vertrauliche Cirkulare der Herren unter sich reden eine deutlichere Sprache, als die Unternehmerrückständigkeit den Muth dazu hat. Sie zeigen uns, wie die Herren in Wirklichkeit von uns beherrschet sein wollen.

Zum Streik der Kohrleger und Hefler in Berlin. In 186 Betrieben mit 2700 Arbeitern wird gestreikt und sind durch einmüthiges, festes Zusammenhalten in 75 Firmen mit 600 Arbeitern die gestellten Forderungen bereits bewilligt. Der Erfolg ist zum großen Theil dem solidarischen Verhalten der Bauhandwerker, Maurer, Zimmerer, Bauklemper und Bautischler mit zu verdanken. Von den Kohrlegern und Heflern sind ca. 2000 organisiert.

Die Einigung des Buchdruckerverbandes mit der Buchdrucker-Gewerkschaft dürfte nunmehr zur Thatfache werden. Das Verbandsorgan, der „Correspondent“, schreibt: „Die bereits seit längerer Zeit schwelenden Verhandlungen zwecks Aufnahme der Gewerkschaftsmitglieder in den Verband sind am 14. Oktober in Leipzig zum Abschluß gebracht worden. Die getroffenen Vereinbarungen werden den Gewerkschaften zur endgültigen Abstimmung unterbreitet und dürfte wohl ein zustimmendes Resultat zu erwarten sein.“

Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das Centralarbeitssekretariat. Der Gewerkschaftsausschuß vollzog in seiner Sitzung vom 26. September die Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das am 1. Januar 1903 zu errichtende Centralarbeitssekretariat. Es waren insgesamt 104 Wewerungen eingegangen; davon 16 für den Posten eines Sekretärs und 88 für den des Bureaubeamten. Zum Sekretär wurde Robert Schmidt-Berlin, bisher Redakteur am „Vorwärts“, zum Bureaubeamten Gustav Bauer-Berlin, bisher Centralvorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten, gewählt.

Das christliche Reichsarbeitersekretariat ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften giebt bekannt, daß die Eröffnung desselben in Folge längerer Vorarbeiten bis zum 1. Oktober nicht durchführbar ist. Die Sache soll nunmehr in Ruhe und Sicherheit erledigt werden. Christliche Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt werden bis auf Weiteres das christliche Arbeitersekretariat und das katholische Volksbureau in Berlin, beide nur gegen christliche Gebühren, übernehmen. Damit dürfte vorläufig das aller positiven Grundlagen entbehrende Projekt des Herrn Mumm als erledigt gelten.

Ein hoher Triumph ist der Heiligkeit des Eigentums vor der Strafkammer zu Halle a. S. bereitet worden. Die Angeklagte, Arbeiterin Minna Traviel, hat das Unglück, vorbestraft zu sein; sie entwendete im Monat Mai in der bittersten Noth — ihr kranker Mann konnte nichts verdienen und die Sorge für ihre Familie ruhte völlig auf ihren Schultern — auf der Seebener Mux aus einem Schuppen der wohnhabenden Gebrüder Nagel für 5 Pf. Braunkohlenschnitt, um für die Familie Essen bereiten zu können. Die unglückliche Frau wurde deshalb zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, weil sie rückfällig war und die heilige Ordnung diese Strafe verlangte. Der Spruch: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein“, wird wohl, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, seine Berechtigung behalten.

Die Gewerkschaften und die Arbeitszeit. Einer kürzlich erschienenen Statistik des New-Yorker Departement of Labor entnehmen wir folgende Zusammenstellung über die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder in Verbindung mit der durchschnittlichen Arbeitszeit:

| | Zahl der organisierten Arbeiter | Auf 100 Einwohner entfallen organ. Arbeiter | Durchschnittl. tägliche Arbeitszeit in Stunden |
|-------------------------------|---------------------------------|---|--|
| Australien | 250 000 | 6,5 | 8 |
| Großbritannien | 1 905 000 | 4,6 | 9 |
| Dänemark | 96 000 | 3,7 | 9 1/4 |
| Vereinigete Staaten | 1 614 000 | 2,1 | 9 1/4 |
| Deutschland | 995 000 | 1,8 | 10 1/2 |
| Schweiz | 54 000 | 1,7 | 10 1/2 |
| Frankreich | 589 000 | 1,5 | 10 1/2 |
| Schweden | 67 000 | 1,3 | 10 1/2 |
| Niederlande | 12 000 | 0,2 | 10 1/4 |
| Belgien | 89 000 | 1,2 | 11 |
| Italien | 262 000 | 0,8 | 11 |
| Oesterreich | 119 500 | 0,45 | 11 |

Je stärker die gewerkschaftliche Organisation, desto kürzer die Arbeitszeit, das ist die Lehre, welche man aus vorstehenden Ziffern ziehen kann.

Ein böser Heimfall! Vor einem Gewerbegericht in Berlin machte ein Stiderei-Fabrikant eine recht unliebbare Erfahrung. Er hatte eine Arbeiterin mit vierwöchentlicher Kündigung engagiert und 500 Mark Konventionalstrafe im Falle des Kontraktbruchs vereinbart. Die Arbeiterin verließ sechs Tage nach ihrem Konditionsantritt die Stelle und nahm eine andere, für sie vortheiligere an, trat aber hier nicht ein, weil der oben erwähnte Fabrikant dies zu verhindern suchte. Nach viertägiger Pause meldete sich die Arbeiterin in Folge dessen wieder zur Aufnahme der Stelle, trat dieselbe auch an, wurde aber nach einer Stunde entlassen mit der Erklärung des Chefs, daß er nicht mit ihr arbeiten könne, weil sie ihm einen Brief geschrieben (der laut Feststellung des Gewerbegerichts durchaus nicht beleidigend war) und weil er bereits Klage wegen Kontraktbruchs erhoben habe. Diese Klage verlor zu Ungunsten des Klägers, er könne höchstens Schadenersatz für die veräumten vier Tage verlangen und auch diese Vergütung kam in Wegfall, da der Kläger nicht nachzuweisen vermochte, irgendwelchen Schaden erlitten zu haben. Nun klagte aber der Vertreter der Arbeiterin wegen Kontraktbruchs und der Fabrikant muß laut Gerichtsentcheid die 500 Mk. betrappan.

In Bremen hat man zu allgemeiner Ueberzeugung wieder einmal eine Eisenbahn-Verstaatlichung umfassender Art unternommen, so daß nunmehr nur noch die Uebernahme der Lübeck-Büchener Bahn als bedeutendere Aktion für die Zukunft übrig bliebe. Der Rest von Privatbahnen wäre alsdann völlig verpfeift.

Daß man auch jetzt wieder das Aktienkapital mit Sammelhandschubsen anfaßt, ist so selbstverständlich, daß man es kaum zu erwähnen braucht. Selbst in den Fällen, wo das Eisenbahngesetz dem Staate die Bestimmung der Uebernahmebeträge ermöglicht, ist der Staat weit über diese Entschädigung hinausgegangen.

Trotzdem ist dem Großhandelskapital von Königsberg und Danzig nicht recht geheuer zu Muth. Denn die beiden wichtigsten Linien, die jetzt dem Staate zufallen, sind die Ostpreussische Südbahn und die Marienburg-Mlanfa-Bahn. Beide vermittelten den Verkehr in russischen Getreide, beide waren jedoch auch wegen ihrer Transporttarife den Agrariern ein Dorn im Auge. Die Regierung mußte seit dem Abschluß des russischen Handelsvertrages die agrarischen Klagen über die ungerechte und erdrückende russische Getreideverfrachtung immer wieder als unberechtigt zurückweisen; russisches Getreide, das nicht mehr von Königsberg und Danzig den Weltmarkt aufsuchen konnte, werde einfach über die russischen Häfen Riga, Libau, Windau, Odessa ins Ausland gehn, so daß der Getreidemarkt keine Aenderung, wohl aber die deutsche Fracht- und Handelseinnahme eine Verminderung erfahren werde. Die ostelbischen Agrarier blieben dabei, daß es sich hier nicht nur um eine Durchfuhr handle und daß selbst im anderen Falle der Preisdruck von den Häfen auf das Hinterland zurückzulegen. So wurde die Verstaatlichungsforderung immer dränger erhoben, vom Grafen Alintowitrom im preussischen Herrenhaufe, vom Grafen Kanitz im Abgeordnetenhaufe, während die Bürgermeister von Danzig sowohl wie Königsberg (Debrütz, Hoffmann) widersprachen und Beiseiten äußerten. Die Regierung lag dem Handelskapital vorläufig jede Berücksichtigung zu und wahrheitsgemäß wird sich in den nächsten Jahren der alte Zank um „Kompenstation“ wieder beleben. Aber der Grundbeizig ist in Preußen, wie die Kanalvorlage gezeigt hat, seiner Kompenstationen stets sicher, während der Handel nur mit sehr wagen Hoffnungen und mit sehr sicheren Besichtigungen rechnen kann.

Bei dem Vorgehen der preussischen Regierung handelt es sich um folgende sieben Linien: die Ostpreussische Südbahngesellschaft; die Marienburg-Mlanfaer Eisenbahngesellschaft; die Alt-Damm-Kolberger Eisenbahngesellschaft; die Stargard-Mittliner Eisenbahngesellschaft; die Kiel-Udenförde-Flensburger Eisenbahngesellschaft; die Breslau-Warischauer Eisenbahngesellschaft und die Dortmund-Gronau-Encheider Bahn.

Die Arbeitsmarktberichte zeigen keine besonderen Veränderungen. An sich schien der Monat September nicht so ungünstig; gegen den August verbesserte sich sogar das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den Arbeitsnachweisen (auf 100 offene Stellen 133,6 Arbeitssuchende, gegen 161,5 im August 1902 und gegen 153,7 im September 1901). Die Arantensaffen für 945 mit 1,66 Millionen Mitglieder lazen Angaben vor) ergeben gleichfalls einen geringen Mehrgang von 0,5 pCt. gegen den Monat August. Indeh hängen alle diese Ziffern stark von Zufälligkeiten ab und schon wenn man den stetigen Bevölkerungszuwachs, der in jedem Jahre 500 000 bis 600 000 Menschen dem Kreise der Erwerbsthätigen neu zuführt, in Betracht zieht, so verwandeln sich die geringen Verbesserungen bereits in Stillstand, wenn nicht gar in weiteren Rückgang.

Auch die Statistik des englischen Arbeitsmarktes zeigt für September neue Rückschritte, so daß der Beschäftigungsgrad nicht nur niedriger ist als im Vorjahre, sondern sogar niedriger als im Septemberdurchschnitt der letzten zehn Jahre. Schiffsbau und Maschinenindustrie litten am schwersten, während die Textilindustrie sich ein wenig hob. Bei den 221 berichtenden Trade Unions (mit 553 870 Mitgliedern) zählte man Ende September 27 522 oder 4,5 pCt. Arbeitssloe, gegen 4,5 pCt. im August, 3,7 pCt. im September 1901 und 4,6 pCt. im Septemberdurchschnitt von 1892—1901.

Auch die Einwanderung in New-York hält sich fortgesetzt auf einem außerordentlich hohen Stande.

Literatur.

Von der durch die Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pf. herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek „An freien Stunden“ liegen jetzt Heft 37 und 38 vor. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas hat bei dem Verleger reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Literatur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 22 des 12. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufsatz der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Die Fleischnoth. — Die Frauenbewegung in Italien. Von Dr. Robert

Nichols. — Vom Hebammeneid. II. Von Marie Kunert. — Aus der Bewegung. — Zeitschriften: Ein Kind. Skizze von Paul Bröder. (Schluß.) — Josephine Döring ? — Notizenbeil.: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisationen. — Soziale Bewegung. — Vereinsrecht der Frauen. — Genossenschaftsbewegung. — Frauenbewegung. — Sittlichkeitsfrage. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Soeben ist in der Buchhandlung Vorwärts der Arbeiter-Kalender für 1903 erschienen. Der Inhalt ist reichhaltig und zweckentsprechend. Vor Allem werden, angehängt der nächstjährigen Reichstagswahlen die Reichstagswahl-Ergebnisse mit allen Nachwahlen bis zum September 1902 und die Wette für die Reichstagswahlen, mit Wahlgesetz und Wahlreglement, interessieren. Ferner enthält er: Was muß der Arbeiter von der Wehrpflicht wissen; Sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtagen; deutsche Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern und dem örtlichen Tagelohne. Auch für die gewerkschaftlich thätigen Arbeiter enthält er wissenswertes Agitationsmaterial; so u. A.: Deutsche Streikstatistik 1890 bis 1901; die Leistungen der deutschen Gewerkschaften; die Unfallstatistik von 1886—1900; die Mitgliederzahlen der deutschen freien Gewerkschaften; Ein Kapitel aus dem Gewerbegerichtsgehe. Dann die Adressen der zentralisirten Gewerkschaften, des Parteivorstandes, der Gewerbeinspektoren, sowie der Centralen der ausländischen Gewerkschaften. Außerdem enthält der Kalender eine Abbildung des Berliner Gewerkschaftshauses und der in den Nachwahlen gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Der reiche Inhalt macht auch den diesjährigen Notizkalender zu einem nützlichen und praktischen Nachschlagebuch für jeden Arbeiter. Der Preis ist 60 Pfennige.

Der in seinem 27. Jahrgange vorliegende Neue Beifalender für das Jahr 1903 (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält unter anderem: Kalendarium. — Postweilen. — Statistische Schmelz. — Küchbild. — Wesseln und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Pharaos Traum. Von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Morgenroth. Gedicht von Ludwig Lessen. — Welche Aufgaben stellt die Säuglingssterblichkeit der bürgerlichen Gesellschaft? Von Curt Freudenberg. — Volksrecht. Gedicht von Robert Zeidel. — Bruno Schoenlant. Von J. A. mit Portrait. — Von Lohbaum und seinen Früchten. Von Curt Grottenw. — Ein Glückspilz. Erzählung von Robert Schmeichel (mit Illustrationen). — Karl Büski. Von Hermann Greulich (mit Portrait). — Die Bagdadbahn und die asiatische Türkei. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Der Sonn' entgegen. Gedicht von Ludwig Lessen. — In St. Gallen. Von J. A. — Wie man vor 100 Jahren Buchbindergeisse wurde. Von Dr. Adolf Braun. — „Ach, was versteht Du davon!“ Skizze von Selma Steinbach. — Wie wiegt man die Erde? Von Dr. Bruno Vorwardt (mit Illustrationen). — Mühsige Revolutionen. Von A. Demmer. — Prüfung von Schiffsmodeellen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Splitter. — Auf der Rehrmaschine. Gedicht von Ernst Freezang. — Liegende Blätter. — Ueberlistet. — Von H. A. — Für unsere Käthleliedler. — Trächtigkeit und Bräutalender. — Hierzu vier Kupfer: Deputation der Kohlenarbeiter. — Von der Arbeit. — Raft. — Verregnetes Fest. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier: Abschied. — Ein Wandkalender.

Versammlungsanzeigen.

Ortsverein Halle a. S. Dienstag, den 4. November, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Englischen Hof (Brichly gr. Berlin). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht der Gewerkschaftsbelegirten und Neuwahl derselben. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Stomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Eisenbahn- und Wegeliste von Deutschland und angrenzenden Ländern. 856 Seiten geb. 1,20 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 1,40 Mk., von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

Die nächste Nummer erscheint am 8. Novbr.